

**Rede von Staatssekretär Matthias Machnig
auf der Konferenz „Kommunaler Klimaschutz – Ideen – Impulse – Innovationen“
am 3. Juni 2009 in Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,
nachdem wir heute morgen - wie ich finde - viele interessante und Mut machende Projekte der Kommunen zum Klimaschutz kennengelernt haben, freue ich mich, jetzt mit Ihnen etwas grundsätzlichere Überlegungen zur ökonomischen Entwicklung, und der Bedeutung der Klima- und Umweltpolitik zu diskutieren.

Weltweit befinden wir uns in der schwersten Krise der vergangenen 80 Jahre; eine Krise, deren Ausmaß wir noch gar nicht abschätzen können. Wir kennen weder Reichweite noch Tiefe, noch wissen wir genau um beschäftigungspolitische und sonstige Konsequenzen.

Nur eines kann man sicher sagen: Diese Krise ist keine normale Krise, sondern sie wird zu Veränderungen führen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz misst der Wirtschafts- und Finanzkrise die gleiche Bedeutung zu wie dem Fall der Mauer. Stiglitz erwartet, dass mit dieser Krise eine Zeitenwende verbunden ist, eine Zeitenwende im ökonomischen Bereich.

Wir brauchen mehr Transparenz auf den Märkten, wir brauchen mehr Sicherheit und jetzt das böse Wort: wir brauchen mehr Regulierung, mehr Klarheit über die Produkte, die an den Finanzmärkten angeboten werden. Und wir brauchen eine Art TÜV für Finanzprodukte, damit sich diese Dinge in den nächsten Jahren nicht wiederholen können.

Was als Finanzkrise begonnen hat, das hat sich zur Wirtschaftskrise entwickelt. Sie schlägt durch auf die Realwirtschaft. Das erleben wir nicht nur am Fall Opel, wo auch andere Effekte noch eine Rolle spielen. Die Arbeitslosigkeit wächst. In den USA zum Beispiel gehen Monat für Monat mehr als 600 000 Arbeitsplätze verloren. Auch in Deutschland gibt es Arbeitsplatzverluste, aber wir haben durch das Instrument der Kurzarbeit einen Weg gefunden, zumindest einen stärkeren Beschäftigungsabbau in den nächsten Monaten zu vermeiden.

Angesichts Krise müssen wir darüber nachdenken, ob unser Wachstumsmodell, so wie wir es kannten, zukunftsfähig ist. Sowohl ökonomischen Gründe wie auch umweltpolitische Gründe sprechen gegen ein weiter so wie bisher.

Aus ökonomischen Gründen stellt sich für ein Land wie Deutschland die Frage, ob unser Geschäftsmodell, fast 50 Prozent - 47 Prozent um genau zu sein - unseres Bruttoinlandsproduktes über Exporte zu erwirtschaften, langfristig tragfähig ist. Denn das würde voraussetzen, dass die globalen Wachstumsraten nach der Krise genauso hoch sind wie vor der Krise und dass deutsche Produkte in ähnlichen Umfang wie vor der Krise weltweit nachgefragt werden. Nur eine entsprechende Nachfrage sichert einen so hohen Exportanteil.

Die Alternative kann nicht heißen, um das auch klar zu sagen, Flucht in die Binnenwirtschaft. Es muss zu einer neuen Balance kommen zwischen globaler ökonomischer Entwicklung und der Entwicklung auf dem Binnenmarkt. Die Krise zwingt Unternehmen, nicht nur in der Automobilindustrie, ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen. Dabei wird es um die Frage gehen, wo wir in den nächsten Jahren wachsen wollen. Wo sind die Wachstumsfelder, um Beschäftigung und Wachstum, um Innovation am Arbeitsmarkt zu platzieren?

Eine Antwort findet man in den Konjunkturprogrammen, die weltweit in den letzten Monaten auf den Weg gebracht worden sind. Eine Antwort auf die Krise, die global gegeben wird, lautet: Investitionen müssen verstärkt in die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere grüner Technologien gehen.

Die weltweit aufgelegten etwa 20 Konjunkturprogramme haben einen Umfang von insgesamt 2,8 Billionen US-Dollar. Davon gehen immerhin 430 Milliarden US-Dollar in grüne Investitionen, in grüne Infrastrukturen, in grüne Technologien, in Energieeffizienz, in Ressourceneffizienz und so weiter. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird mit dem Faktor zwei angesetzt, das heißt, es werden darüber Investitionen in der Größenordnung von 860 Milliarden US-Dollar angestoßen.

Interessant ist es sich anzuschauen, wer eigentlich führend im Bereich der grünen Investitionen ist. Aus den vorliegenden Daten erkennt man schnell: Das Land, welches den höchsten Anteil der Mittel aus seinem Konjunkturprogramme in grüne Technologien investiert, heißt Südkorea. 80 Prozent des Konjunkturpaktes dort gehen in grüne Investitionen. China investiert 38 Prozent in grüne Technologien und steht damit auf Rang zwei. In Deutschland sind es im Übrigen 13 Prozent.

Die Zahlen zeigen eines: immer mehr Ökonomen, immer mehr Regierungen und vor allem immer mehr Unternehmen erkennen die Bedeutung grüner Technologien für Wachstum und Beschäftigung in den nächsten Jahren. Jeffrey Himmel ist der Chef von General Electric und er hat einen wunderbaren Satz geprägt: Green is Green. In Amerika versteht ihn jeder sofort, in Deutschland will ich ihn übersetzen. Green is Green heißt: Wer in grüne Technologien investiert, erwirtschaftet viele grüne Dollars. Das hat Jeffrey Himmel von GE gesagt, einem der größten Technologieunternehmen der Welt, zum Beispiel mit einem Jahresforschungsetat, im Bereich grüner Technologien, von 1,5 Milliarden und dass das nicht nur blanke Theorie ist, sondern dass sich das stützt auf empirische Daten für die nächsten Jahre, will ich am Folgenden belegen.

Wir haben Roland Berger beauftragt dem Bundesumweltministerium eine Studie vorzulegen, die den gegenwärtigen Anteil grüner Technologien am Weltmarkt analysiert und ihren Anteil im Jahre 2020 prognostiziert. Die Ergebnisse sind eindeutig: Das Weltmarktvolumen für grüne Technologien beträgt heute 1400 Milliarden Euro und dieses Volumen wird sich bis zum Jahre 2020 auf 3100 Milliarden Euro mehr als verdoppeln. In Deutschland steigt es von 220 Milliarden Euro auf über 500 Milliarden Euro. Das zeigt das enorme Potenzial, das in dieser Entwicklung liegt.

Betrachtet man die Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplätze, so stellt man fest: Alleine im Bereich der Erneuerbaren sind heute weltweit 2,3 Millionen Menschen beschäftigt und ihre Zahl wird in den nächsten Jahren weiter anwachsen, sie wird sich verdrei- oder vervierfachen. Auch das zeigt, welches enorme Potenzial in diesem Bereich liegt. In Deutschland liegt das Beschäftigungspotenzial heute bei 280 000 Arbeitsplätzen allein im Bereich der erneuerbaren Energien.

Deutschland ist mit grünen Technologien auf den internationalen Märkten hervorragend positioniert. Wir haben Weltmarktanteile zwischen 5 und 30 Prozent in den entscheidenden Sektoren: Energietechnologien, Energieeffizienztechnologien, Ressourceneffizienztechnologien, Wassertechnologien, nachhaltige Mobilität und Ähnliches. Deswegen kann man mit Fug und Recht sagen, eine Antwort, nicht die Antwort, aber eine Antwort auf die Frage nach den zukunftssträchtigen Geschäftsmodellen heißt verstärkte

Investitionen, verstärkte Forschung und Entwicklung, verstärkte strukturpolitische Anstrengungen im Bereich der grünen Technologien in den nächsten Jahren.

Die Herausforderung der Zukunft besteht aber nicht allein in der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Es gibt weitere globale Trends, mit denen wir uns auseinander zu setzen haben. Auch sie werden uns zwingen, unsere Ökonomie, unsere wirtschaftliche Basis in den nächsten Jahren radikal umzubauen.

Ganz vorne steht das Bevölkerungswachstum, das wir für die kommenden Jahre erwarten. Heute leben etwa 6 Milliarden Menschen auf diesem Planeten. Im Jahre 2050 werden aus diesen 6 Milliarden 9 Milliarden geworden sein. Heute leben nicht mal 2 Milliarden Menschen in den Industriegesellschaften. Im Jahre 2030 oder 2040 werden es über 4 Milliarden sein.

Und was war bisher das Kennzeichen von Industriegesellschaften? Hoher Energieverbrauch, hoher Ressourcenverbrauch, hohe Mobilitätskosten, hoher Verbrauch von Flächen, Naturgütern und Naturressourcen. Diese Ressourcen werden knapp und wir gelangen an Grenzen, die durch einen Anstieg der Preise für Ressourcen und Energie in den nächsten Jahren unmittelbar spürbar werden. Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist also eine zentrale Herausforderung unseres Jahrhunderts geworden.

Schaffen wir es aber, unsere industriellen Strukturen rechtzeitig zukunftsfähig umzubauen? Die internationale Energieagentur hat dieser Tage berechnet, dass wegen des niedrigen Dollarwechselkurses und wegen des mit 40-50 Dollar pro Barrel geringen Preises für Erdöl, Zusatzinvestition für das Erschließen neuer Förderfelder zurückgestellt werden. Wir werden deshalb bei weiter steigendem Verbrauch möglicherweise bereits 2012 für einen Barrel Erdöl einen Preis von etwa 200 Dollar zahlen müssen. Mit weit reichenden ökonomischen Konsequenzen.

Und neben Wachstum der Bevölkerung gibt es eine weitere große Herausforderung: der Klimawandel. Auch der Klimawandel hat unmittelbar mit der industriellen Produktion zu tun. Und wir emittieren sagenhafte 28 Milliarden Tonnen CO₂ weltweit. Und alle Prognosen gehen davon aus, dass die CO₂ Emissionen alleine bis zum Jahr 2030, wenn nichts Entscheidendes passiert, auf 41 Milliarden Tonnen ansteigen werden. Im Jahre 2050 werden sie dann nahezu 60 Milliarden Tonnen betragen. Trotz Bevölkerungswachstum, trotz Wirtschaftswachstum können wir noch eine Stabilisierung des Weltklimas erreichen - nämlich das berühmte zwei Grad Ziel. Wenn wir die Weichen richtig stellen. Wir brauchen eine deutliche Reduktion des CO₂-Ausstosses, von heute etwa 28 Milliarden Tonnen um 50 Prozent bis zum Jahre 2050.

Das heißt nichts anderes, als dass die 9 Milliarden Menschen, die 2050 auf der Erde leben werden, nur noch halb so viel emittieren, dürfen wie wir heute, obwohl wir heute 6 Milliarden auf der Erde zählen. Und wenn das stimmt, dann gibt es darauf nur eine Antwort: Wir brauchen eine dritte industrielle Revolution.

Eine dritte industrielle Revolution, die es ermöglicht, dass künftig mehr Menschen als heute in Industriegesellschaften leben können, und dass wir Wachstum produzieren. Das wird nur dann gelingen, wenn wir die Energie- und Ressourceneffizienz dramatisch steigern. Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren massive Innovationen.

Wir haben in Deutschland beschlossen, wie Sie alle wissen, unsere CO₂ Emissionen bis zum Jahre 2020 um 40 Prozent zu senken; Bezugsjahr ist 1990. Das 50 Prozent Ziel im Jahre 2050

bedeutet für ein Land wie Deutschland, also ein führendes Industrieland, dass es seine CO₂ Emissionen um 80-95 Prozent reduzieren muss. Übersetzt heißt das, im Jahre 2050 müssen wir de facto emissionsfrei produzieren, wenn unsere Gesellschaft eine Industrie- und Wachstumsgesellschaft bleiben soll. Um das zu erreichen, brauchen wir einen massiven Technologieschub in den nächsten Jahren.

Das ist die Herausforderung und deswegen brauchen wir eine Konjunktur- und Forschungspolitik in den nächsten Jahren, die sich auf dieses Ziel konzentriert und die damit eine nachhaltige Antwort auf die Finanz- bzw. Wirtschaftskrise einerseits und auf die Herausforderungen durch Klimakrise und wachsende Weltbevölkerung gibt. Das ist die Aufgabe und wir werden sie nur bewältigen, wenn wir Ernst machen. Wenn wir Ernst machen und vor allem ein neues Verständnis von Umweltpolitik entwickeln.

Sie ist de facto eine moderne zukunftsorientierte Wirtschafts- und Standortpolitik. Denn, wenn richtig ist, was ich ausgeführt habe, dass Energie- und Ressourcenverknappung künftig entscheidende Größen und Kennziffern für den Wettbewerb sind, dann folgt daraus, dass derjenige Standort, der der energie- und ressourceneffizienteste ist, weltweit auch der wettbewerbsfähigste sein wird.

Das ist bereits heute so. Ich will nur eine Zahl nennen an dieser Stelle. Wenn man sich die Kostenstrukturen im produzierenden Gewerbe in Deutschland anschaut, wird man erkennen: Bei Gesamtkosten für ein Produkt von rd. 100 Euro betragen die Lohnkosten durchschnittlich 19 Euro, die Lohnnebenkosten rund 3 Euro und die Energie- und Ressourcenkosten zwischen 40-45 Euro.

In der politischen Debatte streiten wir darum, wie wir die Lohnnebenkosten um ein halbes oder viertel Prozent absenken können, weil das angeblich für die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung ist. Warum wenden wir unsere Kraft nicht stattdessen dafür auf, den Anteil an Energie- und Ressourcenkosten über 40-45 Prozent auf 30-35 Prozent zu reduzieren. Das wäre ein Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit. Das wäre ein Beitrag für Nachhaltigkeit und das wäre ein Beitrag zu einer vernünftigen Lohnpolitik in unseren Ländern wieder betreiben zu können. Deswegen sage ich: Umweltpolitik ist Standortpolitik. Umweltpolitik ist auch Innovationspolitik.

Lassen Sie mich das noch einmal an einem Beispiel aus den USA verdeutlichen. In den USA gab es keine Standards etwa für die CO₂ Emissionen von Fahrzeugen. Zusätzlich waren die Treibstoffe konkurrenzlos niedrig. Wozu hat das geführt? Die Amerikaner haben keine konkurrenzfähigen Produkte im Automobilssektor hergestellt. Keiner kauft amerikanische Autos. Hummer, der Hammer unter den Automarken, das muss man ja wirklich sagen, wird gerade von einem Chinesen übernommen. Ein Auto mit einem Spritverbrauch weit über 30 Liter auf 100 Kilometer, ein Auto, das nicht in diese Zeit passt, das nie in eine Zeit gepasst hat.

Deswegen muss die Rettung von Opel - ich hoffe, sie kommt - mit der Entwicklung neuer Produkte verbunden sein, die sich konsequent den Anforderungen einer effizienten Nutzung von Ressourcen und Energie stellen. Darin liegt die Zukunft der Automobilindustrie. Das heißt auch, neue Antriebskonzepte, wie zum Beispiel Elektromobilität, wie zum Beispiel Wasserstoff, zur Serienreife zu bringen.

Umweltpolitik ist schließlich auch Beschäftigungspolitik. Ich habe vorhin die Zahlen im Bereich der Erneuerbaren genannt, 280 000 neue Arbeitsplätze. In der Umweltbranche

arbeiten in Deutschland inzwischen über 2 Millionen Menschen. Die Wachstumsraten der Beschäftigtenzahlen im Bereich der Erneuerbaren waren in den letzten Jahren immer zweistellig. Allein in Ostdeutschland sind in kurzer Zeit über 50 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich entstanden. Wer in Erfurt war und sich dort das Zentrum Mitteldeutsches Solar Valley angesehen hat, der wird dort ein Zentrum entdeckt haben, das weltweit einmalig ist. Es ist das führende Solarcluster in der Welt. Nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt. Das zeigt, welche enormen Potentiale damit verbunden sind. Diese beschäftigungspolitischen Möglichkeiten müssen wir entwickeln.

Und letztlich: Umweltpolitik ist Investitionspolitik. Wir haben als Bundesregierung ein integriertes Klima- und Energiepaket verabschiedet, das Deutschland bis zum Jahre 2020 auf den Weg bringen wird, 40 Prozent seiner CO₂ Emissionen zu reduzieren, im Vergleich zu 1990. Wir haben dann Ökonomen gefragt, wie viele zusätzliche Investitionen notwendig sein werden, um alle Maßnahmen dieses Pakets zu realisieren. Nach Auffassung der Ökonomen werden rd. 400 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 für zusätzliche Investitionen erforderlich sein und zwar sowohl private als auch öffentlichen Investitionen. In der Spitze werden das bis zu 35 Milliarden pro Jahr sein. Und das zeigt, dass wir ein modernes Verständnis von Umweltpolitik brauchen. Umweltpolitik hat auch immer eine Schutzfunktion, aber wir brauchen eine Umweltpolitik, die eine Innovationsfunktion hat und die den Strukturwandel unserer Industriegesellschaft in den nächsten Jahren vorantreibt.

Das führt unmittelbar zu der Frage nach dem ordnungspolitischen Rahmen. Machen das die Märkte eigentlich alleine? Oder brauchen wir nicht einen intelligenten Regulierungsrahmen für die nächsten Jahre. Nach wie vor ist der eine oder andere ordnungspolitische Purist unterwegs, der uns auch jetzt in der Krise erzählt, was man alles nicht tun darf. Im Zentrum des Kapitalismus, in den USA, geht man anders vor. Dort wird das getan, was notwendig ist, um industrielle Strukturen zu sichern, um Beschäftigung zu sichern und wenn staatliche Beteiligungen notwendig sind, dann werden sie beschlossen. Das halte ich dort, wo es vertretbar und sinnvoll ist, auch in Deutschland für notwendig.

Denn eines ist klar: Was an industrieller Substanz in der Krise in Deutschland verloren geht, wird wahrscheinlich nicht mehr in Deutschland wieder aufgebaut werden. Das wird die Konsequenz sein und deswegen sind wir gut beraten, alles was - auch unter Haushaltsgesichtspunkten -verantwortbar ist, zu tun, um Beschäftigung in den nächsten Jahren hier in Deutschland zu sichern und aufzubauen.

Um den ökologischen Umbau in den nächsten Jahren voranzubringen, brauchen wir etwas, was wir im Bundesumweltministerium ökologische Industriepolitik nennen. Ich will ein paar Felder benennen, die dafür notwendig sind. Erstens, wir brauchen ökonomische Instrumente. Umweltverbrauch braucht einen Preis. Mit dem Emissionshandel haben wir ein Instrument geschaffen, das diesem Kriterium genügt. Wir haben über Jahre CO₂ in der Erdatmosphäre deponiert und haben dafür nichts gezahlt. Das muss ein Ende haben, denn die zivilisatorischen Folgen können wir ansonsten überhaupt nicht mehr kalkulieren. Mit dem Emissionshandel bekommt CO₂ einen Preis. Durch den Preismechanismus schaffen wir Innovationsdruck, mit dem strukturelle Veränderungen bei der Energieproduktion ausgelöst werden sollen.

Ich will noch ein zweites Beispiel nennen: Thema Flächenverbrauch. Flächenverbrauch ist in Deutschland ein riesiges Thema, denn wir verbrauchen 130 Hektar Fläche pro Tag. In der Schweiz wird beim Thema Flächenverbrauch diskutiert, ob man nicht ein Cap and Trade System auch für den Flächenverbrauch auf den Weg bringen soll. Das heißt, es gibt Obergrenzen für den Flächenverbrauch. Diese sollen degressiv sein und die Regionen können

dann zum Beispiel bei Investitionsentscheidungen mit Anwartschaften handeln. Ich finde, das ist eine interessante Überlegung. Sie macht aber auch klar, ohne ökonomische Instrumente, die die Wahrheit über den Umweltverbrauch sagen, werden wir in den nächsten Jahren nicht vorankommen.

Wir brauchen Investitionen in den nächsten Jahren unter anderem in die Entwicklung von Offshore-Windparks. Die Ziele der Bundesregierung, bis zum Jahre 2020 30 Prozent der deutschen Stromproduktion aus Erneuerbaren zu erwirtschaften, werden sich nur dann realisieren lassen, wenn wir 10 000- 15000 MW Offshore Windeenergiekapazitäten schaffen. Jetzt rechne ich das mal um. 15 000 MW sind 3000 Windmühlen, die in der Ostsee oder in der Nordsee stehen. Das erste Testfeld bauen wir im Übrigen 45 km vor der deutschen Küste. Wir brauchen jetzt Investitionen in die Netze, nicht nur für den Transport des Stroms von 45 km vor der Küste an Land, sondern auch weiter in die industriellen Ballungszentren, wo der Strom gebraucht wird. Im Übrigen brauchen wir auch eine Planungsbeschleunigung, denn in der Regel dauern bei uns Genehmigungsverfahren für solche Investitionen 10-12 Jahre. Das ist zu lang, um die Ziele in 2020 zu erreichen.

Wir brauchen weiterhin ordnungsrechtliche Maßnahmen. Ohne verbindliche Standards kommen bestimmte Innovationen nicht voran. Das hat erst jüngst der Automobilsektor gezeigt. Die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Automobilindustrie hat eben nicht funktioniert. Sie sollte im Jahre 2008 eine Begrenzung des CO₂-Ausstosses auf durchschnittlich 140 Gramm bringen. Und wo lagen sie im Schnitt? Bei 156 Gramm. Nun haben wir in Europa beschlossen, einen Grenzwert von 120 Gramm für alle Fahrzeugsegmente im Schnitt festzulegen. Wir brauchen also ordnungsrechtliche Maßnahmen, auch in anderen Feldern in den nächsten Jahren.

Und wir brauchen Markteinführungsprogramme. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz fördert die Einführung dieser neuen Technologien. Das ist erforderlich, weil die Erneuerbaren nach wie vor nicht wettbewerbsfähig sind gegenüber den fossilen Energieträgern.

Manchmal kommt dabei eine ganz merkwürdige Diskussion auf. Dann wird mir die Frage gestellt, warum wir eigentlich so viel in die Solarindustrie investieren. Deutschland habe bekanntermaßen doch nur 960 Sonnenstunden pro Jahr. Manche freuen sich deswegen auf den Klimawandel, damit sich daran ein bisschen ändert, aber das nur am Rande. Ich werde gefragt, ob bei 960 Sonnenstunden Investitionen in diesem Sektor eigentlich Sinn machen? Ich werde gefragt, ob es eigentlich gerechtfertigt ist, dass 42 Cent pro Kilowattstunde an Vergütung gezahlt wird. Meine Antwort lautet: ja. Selbst wenn die Solarenergie in Deutschland keinen wirklich entscheidenden Beitrag zur Energieversorgung leisten wird; Experten gehen davon aus, sie könnte einen Beitrag in der Größenordnung zwischen 10 und 15 Prozent leisten. Und dennoch sage ich: Diese Investition ist richtig, weil die Solarindustrie eine Leitindustrie ist und wir in diesem Leitmarkt des 21. Jahrhunderts auch künftig eine gewichtige Rolle spielen wollen. Ohne EEG würden wir weder die Forschungs-, noch die Produktions-, noch die wissenschaftlich-technische Infrastruktur in Deutschland behalten und wir hätten damit nicht die Chance, diese wichtige Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts weiter zu entwickeln. Deswegen brauchen wir nicht nur das EEG, sondern brauchen auch weitere Markteinführungsprogramme für andere neue Technologien.

Und wir brauchen eine andere Beschaffungspolitik. Bund, Länder und Kommunen haben ein Beschaffungsvolumen von 260 Milliarden Euro pro Jahr. Ich habe McKinsey gebeten mir zu sagen, was pro Jahr bei Bund, Länder und Kommunen eigentlich für eine andere Form von Beschaffungspolitik nutzbar wäre. Das Ergebnis liegt bei knapp 60 Milliarden Euro. Wenn

Bund, Länder und Kommunen sich auf bestimmte Beschaffungsstandards zum Beispiel für sehr effiziente Fahrzeuge oder für energieeffiziente Produkte verständigten, würde dies eine Nachfrage bei innovativen Unternehmen, nach innovativen Produkten, nach energieeffizienten Produkten auslösen und damit würden neue Technologien große Chancen auf den Märkten entwickeln.

Schließlich brauchen wir auch andere Qualifikationen in den nächsten Jahren. Wenn wir etwa im Offshore-Bereich vorankommen wollen und wir wollen das, braucht man zum Beispiel Spezialschiffe, die in der Lage sind dann solche Anlagen zu installieren. Wir brauchen Menschen, die in der Lage sind, diese Schiffe zu bauen. Wir brauchen auch die Matrosen dafür und wir brauchen diejenigen, die in der Lage sind, Kilometer vor der deutschen Küste die Anlagen zu bauen.

Oder um noch ein anderes Beispiel zu bringen: Die Energieversorger in Deutschland wissen, dass wir unter den Bedingungen des Emissionshandels energieeffizienter werden müssen. Das Wachstum der deutschen Energieversorger wird nicht über den Verkauf von mehr Strom in den nächsten Jahren funktionieren. Wenn sie also wachsen wollen, müssen sie entweder international wachsen oder sie müssen ein anderes Geschäftsfeld aufschließen. Und manche Energieversorger beginnen damit Firmen zu gründen, die sich um Energieeffizienz und Energieberatungen und Ähnliches kümmern sollen. Wenn ich in dieser Art mein Geschäftsfeld erweitere, nicht mehr alleine vom Verkauf von möglichst viel Strom lebe, dann müssen meine Mitarbeiter allerdings über bestimmte andere Qualifikationen verfügen.

Das gilt auch, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, wie eigentlich intelligentes, energieeffizientes, klimaschonendes Bauen aussieht. Da musste ich auf einem Kongress der Architekten erfahren, dass sich diese Berufsgruppe in der Breite noch nicht in der Lage sieht, unter Einbeziehung auch neuer technologischer Entwicklungen, etwa im Erneuerbaren Bereich oder im Energieeffizienzbereich wirklich intelligente Antworten zum Bauen von Morgen zu geben. Hier gibt es noch einen großen Bedarf an Qualifizierung.

Das sind nur einige Beispiele, die ich anführen wollte, um deutlich zu machen, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Wir können nicht alles dem Markt überlassen, aber wir werden marktwirtschaftliche Instrumente nutzen. Deswegen komme ich noch mal zum Anfang zurück.

Wir stehen vor einer doppelten Herausforderung und jedwede Debatte, das Eine gegen das Andere auszuspielen, ist falsch. Die doppelte Herausforderung lautet, zum einen eine Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu geben. Das heißt mehr Regulierung, mehr Transparenz, mehr Sicherheit auf den Finanzmärkten, das heißt Investitionen, um das Wachstum in den nächsten Jahren zu stabilisieren, allerdings auch die richtigen Investitionen in die grünen Infrastrukturen und wir brauchen zum Zweiten eine Antwort auf den Herausforderungen durch den Klimawandel. Wir müssen zu einer wirklichen Nachhaltigkeitspolitik finden, die diesen Namen verdient und das bedeutet einen sehr grundlegenden Umbau unserer Industriegesellschaft in den nächsten Jahren.

Es gibt einen wunderbaren Satz, der lautet wie folgt: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Ich glaube, dass wir uns ändern müssen. Nicht jeder Einzelne vielleicht, aber zumindest unsere industriellen Strukturen, unsere Schwerpunkte bei politischen und investiven Entscheidungen und in der Frage, wie wir das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie in den nächsten Jahren gewichten. Wer die Trends ernst nimmt, wird zu einem Schluss kommen: Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Ohne Nachhaltigkeit, ohne ökologischen Umbau können wir

den Herausforderungen in den nächsten Jahren nicht begegnen. Das wird nur gemeinsam gehen, nicht wenn Bundesebene oder die Europaebene Dinge verordnet, sondern wenn wir nicht nur einen Top Down, sondern auch einen Bottom Up Ansatz haben. Deshalb müssen Sie als kommunale Entscheidungsträger zu Treibern dieses Umbaus werden und damit auch die Zukunft Ihrer Kommune nicht nur sichern, sondern ihr eine wirkliche nachhaltige Zukunft für die nächsten Jahre geben.

Herzlichen Dank.